

Vorlage, DS-Nr. 2022/0761

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	23.08.2022			
Rat	06.09.2022			

Betreff: Änderung der Hauptsatzung (§ 14)
Neueinrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle
hier: gemeinsamer Antrag GRÜNE Fraktion und SPD-Fraktion vom 09.
August 2022

Beschlussentwurf:
Die Sachdarstellung wird zur Kenntnis genommen.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Ja

Bemerkung:
Gesamt laufende Personalkosten für B2 und Vorzimmer 226.000 €
Einmaliger Aufwand bei Eintritt für Pensionsrückstellungen 200.000 €

Auswirkungen auf das Klima:
Klimarelevanz: entfällt

Sachdarstellung:

Da die Antragsteller die Einrichtung einer zusätzlichen vierten Beigeordnetenstelle ausschließlich mit einem angeblichen Bedarf des Bürgermeisters begründen, dürfte sich der Antrag erledigt haben.

Ich bitte dieses zur Kenntnis zu nehmen und derartige Unterstellungen zukünftig zu unterlassen.

Darüber hinaus muss es gerade in der heutigen Zeit lauten: Bürger*innen dürfen nicht durch zusätzliche – und verwaltungsseitig für unnötig erachtete -Kosten belastet werden. Die derzeitige vorhandene Struktur der Verwaltung - mit drei Beigeordneten (Wahlbeamte auf acht Jahre) und zwei nachgeordneten Co-

Dezernatsstellen (normale Lebenszeitbeschäftigung) sind mit Blick auf die komplexen Aufgaben und dem in der heutigen Zeit immer mehr notwendigem, vernetzten Arbeiten zielführender und zeitgemäßer, als auf der höchsten Verwaltungsebene weitere Spitzenpositionen zu besetzen.

Auch dem Rat sollte an einer kontinuierlichen Aufgabenerledigung der Verwaltung gelegen sein. Gerade die vorhandene fachliche Geeignetheit und jahrelang bewiesene Führungskompetenz gepaart mit weitreichenden Kenntnissen der Troisdorfer Verwaltungsstrukturen, wird durch die vorhandene Struktur der Co-Dezernate idealtypisch abgebildet.

Mit einer neuen vierten Beigeordnetenstelle würde gerade das derzeitige ideale Zusammenwirken der zusammengehörenden Fachbereiche empfindlich gestört, Unruhe und Verunsicherung bei den Mitarbeitern auslösen, die Effizienz durch den größeren Verwaltungsapparat schmälern und nicht zuletzt wegen der erheblichen Pensionslasten bereits nach nur einer Wahlperiode zu erheblichen Kostensteigerungen führen.

Alexander Biber
Bürgermeister